

Ungleiche Auswirkungen

Die Atomkatastrophe von Fukushima und die Verletzung von Menschenrechten von Frauen und Kindern

Dies ist die deutsche Zusammenfassung des Greenpeace-Reports „Unequal Impact“ von Kendra Ullrich der am 7. März 2017 im Rahmen einer Pressekonferenz in Tokyo vorgestellt wurde.¹

Japan ist Unterzeichner von mehreren internationalen Menschenrechtsabkommen, nach denen es sich verpflichtet hat, „das Recht jedes Menschen auf das erreichbare Höchstmaß an körperlicher und geistiger Gesundheit“ zu schützen. Dazu gehören der Internationale Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte; das Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung; das Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau; das Übereinkommen über die Rechte des Kindes mit seinen zwei Fakultativprotokollen und das Internationale Übereinkommen zum Schutz aller Personen vor Vertreibung. Das in den Bedingungen dieser Abkommen definierte Recht auf Gesundheit umfasst das Recht auf vollständige und genaue Information und das Recht auf Teilnahme.² Zudem verpflichten seine internationalen Vereinbarungen das Land, die Rechte von Binnenvertriebenen zu wahren, unter besonderer Berücksichtigung der Bedürfnisse von schutzbedürftigen Gruppen (Frauen, Kinder, ältere und behinderte Menschen), z. B. durch den Schutz vor Angriffen auf ihre Menschenwürde wie geschlechtsspezifische Gewalt und den Schutz des Rechtes von Kindern auf Spielen.

Die Reaktion der japanischen Regierung auf die Nuklearkatastrophe vom März 2011 im Atomkraftwerk Fukushima Daiichi führte jedoch sowohl in der unmittelbaren Folgezeit als auch in den darauf folgenden Jahren zu vielfältigen Menschenrechtsverletzungen – insbesondere an Frauen und Kindern.

Nothilfe und Evakuierung

Unmittelbar nach der Katastrophe waren Frauen vielfältigen groben Verletzungen ihrer Rechte ausgesetzt: Sexualisierte Gewalt nahm insbesondere während der

¹ <http://bit.ly/2mKHekb>

² Grover, A. (2. Mai 2013): “Report of the Special Rapporteur on the right of everyone to the enjoyment of the highest attainable standard of physical and mental health. Anand Grover: Addendum. Mission to Japan (15. – 26. November 2012).” Human Rights Council. United Nations. Twenty-third Session; Agenda Item 3. Promotion and protection of all human rights, civil, political, economic, social and cultural rights, including the right to development.

http://www.ohchr.org/Documents/HRBodies/HRCouncil/RegularSession/Session23/A-HRC-23-41-Add3_en.pdf

Stromausfälle zu.³ Häusliche Gewalt nahm ebenfalls zu und blieb, nachdem die Menschen die Evakuierungszentren verlassen hatten, noch lange auf einem höheren Niveau.⁴ Die japanische Regierung leitete weder geeignete vorbeugende Maßnahmen ein, um Frauen vor diesen Angriffen zu schützen, noch stellte sie die notwendigen formalen Unterstützungsnetzwerke für die Opfer bereit.⁵

Die Evakuierungszentren wurden von Männern geführt. Frauen hatten wenig Mitspracherecht bei den Entscheidungen, die sie direkt betrafen. Das führte dazu, dass ihre Bedürfnisse ignoriert wurden. So mangelte es in den Zentren an Privatsphäre zum Umziehen und Stillen sowie an grundlegenden Hygieneartikeln.⁶ Durch die Katastrophe traumatisierte Frauen wurden mit deutlich vermehrten Hausarbeiten weiter belastet: Denn von ihnen wurde erwartet, dass sie sich um die Pflege der Kranken kümmerten und die Mahlzeiten für das gesamte Zentrum zubereiteten.⁷

Die Evakuierungszentren vernachlässigten auch die Bedürfnisse von Kindern. Sichere Orte zum Spielen wurden in den meisten Evakuierungszentren nicht bereitgestellt.⁸ Dies gilt als wesentlicher Grundsatz der Rechte des Kindes nach der UN-Kinderrechtskonvention (CRC) und als ein wichtiger Grundsatz der Kinderrechtscharta für Katastrophenvorsorge (DRR).

Wirtschaftliche Not: Die Feminisierung der (nuklearen) Armut

Japan ist ein Land mit einer riesigen Kluft zwischen den Geschlechtern. In Vollzeit beschäftigte Frauen haben 2012 bei gleicher Tätigkeit nur 69,3 Prozent des Lohnes von Männern erhalten.⁹ Rechnet man die Teilzeitbeschäftigten hinzu, haben Frauen bei gleicher Tätigkeit nur 51,0 Prozent des Lohnes von Männern erhalten.¹⁰ Dieser enorme Einkommensunterschied bedeutete, dass Frauen deutlich schlechter gerüstet waren, um die Auswirkungen der Nuklearkatastrophe zu bewältigen. Verstärkt wurde das dadurch, dass infolge der Katastrophe Teilzeitarbeit massiv zurückging. Da Frauen die

³ Ando, Y. (30. April 2013): "Fukushima and Nuclear Crisis 2011 with Gender View." Fukushima Bar Association, Japan. Kapitel 15. Healthcare Management and Economics: Perspectives on Public and Private Administration: Perspectives on Public and Private Administration. Merviö, Mika Markus.. IGI Global. <http://www.igi-global.com/book/healthcare-management-economics/72354>

⁴ Ebd.

Siehe auch: AFP (8. März 2013): "Domestic violence higher in tsunami zone." <http://www.fukuleaks.org/web/wp-content/uploads/2012/10/Domestic-violence-higher-in-tsunami-zone--Japan-Today--Japan-News-and-Discussion.pdf>

Siehe auch: Haworth, A., The Guardian (24. Februar 2013): "After Fukushima: families on the edge of meltdown". <http://www.theguardian.com/environment/2013/feb/24/divorce-after-fukushima-nuclear-disaster>

⁵ Ando, Y.: op cit. (2013).

⁶ Grover, A.: op cit. (2013).

⁷ Ito, K. & Ando, Y. (7. März 2012): "Situation of Rural Women affected by the Great Japan Earthquake and Nuclear Power Plant Accident: Recovery and Rebirth with Gender View." <http://www.gender.go.jp/kaigi/renkei/ikenkoukan/52/pdf/siryo7.pdf>

⁸ Grover, A.: op cit. (2013).

⁹ New Japan Women's Association: "UPR Submission on the Human Rights Situation in Japan." UN Human Rights Council. 14th Session of the Universal Periodic Review – 2012. http://lib.ohchr.org/HRBodies/UPR/Documents/Session14/JP/NJWA_UPR_JPN_S14_2012_NewJapanWomensAssociation_E.pdf

¹⁰ Ebd.

Mehrheit der Teilzeitarbeitskräfte ausmachten, litten sie demzufolge stärker unter wirtschaftlicher Unsicherheit.¹¹

Zudem erhielten verheiratete Paare die Entschädigungszahlungen gemeinsam als Familie – ausbezahlt an den Haushaltsvorstand, der in der Regel der erwachsene Mann war. Das bedeutete, dass der Zugriff der Frauen auf Entschädigungszahlungen völlig im Ermessen ihrer Ehemänner lag. Besonders grausam war das in Fällen, in denen Frauen Opfer häuslicher Gewalt waren. Denn in der Katastrophenhilfe fehlten finanzielle und formale Netzwerke für das Verlassen einer Missbrauchssituation völlig.¹²

Viele Frauen wurden ohne ihre Ehemänner evakuiert, die beschlossen, in der durch den Atomunfall kontaminierten Region zu bleiben. Einige Frauen leben getrennt von ihren Ehegatten, während andere sich scheiden ließen. Frauen, die unter beidem, den wirtschaftlichen Folgen der Nuklearkatastrophe und dem Verlust ihrer Partner, leiden, sind besonders stark von Armut gefährdet.¹³ Wie die Fukushima Bar Association 2013 angemerkt hat, wurde dieses Problem von der Regierung bei ihren Katastrophenhilfemaßnahmen ignoriert. Auf Unterstützung von Frauen, finanziell unabhängig zu werden, wurde kein Gewicht gelegt. Das wurde noch verschärft durch die mangelnde Unterstützung für Stiftungen, die Unternehmensgründungen von Frauen fördern, das Ausbleiben einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Frauen sowie einer Förderung von Arbeitsplätzen für Frauen.¹⁴

Fehler, (Fehl)information und Gesundheitsrisiken

Das Recht von Frauen und Kindern auf vollständige und genaue Information wurde sowohl in der unmittelbaren Folgezeit der Katastrophe als auch in den darauf folgenden Jahren wiederholt verletzt. Grund dafür ist Versagen und bewusste Verschleierung der japanischen Regierung sowie der Tokyo Electric Power Company (TEPCO) zum einen was die Situation am zerstörten Reaktor und die betroffenen Gebiete angeht.

Im Juni 2016, über fünf Jahre nach dem Ausbruch der Katastrophe, räumte TEPCO-Präsident Naomi Hirose ein, dass der damalige Präsident angeordnet hatte, den Begriff „Kernschmelze“ in der Pressekonferenz vom 14. März 2011 und in den zwei folgenden Monaten nicht zu verwenden. Am selben Tag, dem 14. März, zeigte jedoch die Computerberechnung von TEPCO, dass 25–55 Prozent der Brennstäbe beschädigt worden waren. Die internen Handbücher von TEPCO definieren eine Kernschmelze als die Beschädigung von fünf Prozent der Brennstäbe.¹⁵

In der akuten Phase der Nuklearkatastrophe führten auch Fehler der Regierung zu unnötigen Strahlungsbelastungen: So beschloss sie, die Daten der Strahlungsausbreitungsberechnungen nicht zu veröffentlichen. Das hatte zur Folge, dass einige Menschen in Gebiete umsiedelten, die höhere Strahlungsbelastungen als

¹¹ Ebd.

¹² Ando, Y.: op cit. (2013).

¹³ Ebd.

¹⁴ Ebd.

¹⁵ "Tepco head apologizes for 3/11 ban issued on 'meltdown'." (21. Juni 2016). The Japan Times. http://www.japantimes.co.jp/news/2016/06/21/national/tepc-head-apologizes-311-ban-issued-meltdown/-WKFn7Z97_Q

ihre ursprünglichen Wohnorte aufwiesen. Auch Verzögerungen bei der Evakuierung von weiter entfernten, kontaminierten Gemeinden wie Iitate, das 30 bis 50 Kilometer vom Reaktor entfernt liegt, setzten die Bevölkerung – inklusive Frauen und Kinder – über Tage und Wochen unnötig hohen Strahlungsdosen aus.¹⁶ Da genaue und vollständige Informationen fehlten, kam es dazu, dass Grund- und Mittelschulen in der Präfektur Fukushima im Frühjahr 2011 vor der Dekontamination ihren Unterricht fortsetzen durften.¹⁷

Frauen und Kinder – und insbesondere weibliche Föten, Säuglinge und Kinder – sind anfälliger für gesundheitliche Auswirkungen von Strahlenexposition als männliche und/oder erwachsene Personen. Epidemiologische Untersuchungen von Überlebenden der Atombombenabwürfe haben mit Ausnahme von Leukämie bei Frauen ein deutlich höheres Krebsrisiko als bei Männern aufgezeigt.¹⁸ Das stimmt mit den Ergebnissen von Untersuchungen zur Strahlenexposition bei CT-Scans überein, die ebenfalls bei Frauen eine höhere Anfälligkeit für alle Krebserkrankungen außer Leukämie ergeben haben.¹⁹ Weitere gesundheitliche Auswirkungen von Strahlungsbelastung sind insbesondere Fehlgeburten, Fehlgeburtsrate, Missbildungen und Herz-Kreislauf-Erkrankungen.

In Folge der Nuklearkatastrophe hob die Regierung den Wert für die offiziell „akzeptable“ Strahlungsbelastung auf 20 mSv/Jahr an. Dieser Wert gilt auch fast sechs Jahre später immer noch. Dieser Standard wird auf die allgemeine Bevölkerung in den durch Fukushima kontaminierten Gebieten angewendet – auch auf bekanntermaßen schutzbedürftigere Gruppen. Wie der Sonderberichterstatler des Menschenrechtsrates der Vereinten Nationen nach seiner Untersuchung 2012 erklärt hat, verstößt das gegen das Recht der Opfer auf das erreichbare Höchstmaß an körperlicher und geistiger Gesundheit.²⁰

Daten aus den kontaminierten Regionen zeigen einen abrupten Anstieg der Fehlgeburtsrate zehn Monate nach der Nuklearkatastrophe.²¹ In den schwer

¹⁶ “Japan rejects Greenpeace argument for expanding evacuation zone.” (28. März 2011). Reuters.

<http://www.reuters.com/article/us-japan-zone-idUSLKE7DP00720110328>

Siehe auch: Meyer, C. (1. Juni 2011): “Poisoned Fields: The Painful Evacuation of a Japanese Village.” Der Spiegel. <http://www.spiegel.de/international/world/poisoned-fields-the-painful-evacuation-of-a-japanese-village-a-765949.html>

¹⁷ The Fukushima Network for Saving Children from Radiation, et. al. (17. August 2011): “Violation of the Human Rights of the Children of Fukushima” NGO submission to the Office of the High Commissioner for Human Rights/OHCHR. <http://www.foejapan.org/en/news/110819.pdf>

¹⁸ National Academy of Sciences. (2006): Health Risks from Exposure to Low Levels of Ionizing Radiation: BEIR VII Phase 2. Committee to Assess the Health Risks of Low Levels of Ionizing Radiation. Board on Radiation Effects Research. Division on Earth and Life Studies. National Research Council of the National Academies. National Academies Press. Washington D.C. <https://www.nap.edu/read/11340/chapter/1-vii>

¹⁹ Smith-Bindman, R., et al. (14. Dezember 2009): “Radiation Dose Associated with Common Computed Tomography Examinations and the Associated Lifetime Attributable Risk of Cancer.” Arch Intern Med.; 169(22): 2078–2086. <https://www.ncbi.nlm.nih.gov/pmc/articles/PMC4635397/>

Siehe auch: Brenner, D.J., et al. (Februar 2001): “Estimated Risks of Radiation-Induced Fatal Cancer from Pediatric CT.” American Journal of Roentgenology. 176:289-296.

<http://www.ajronline.org/doi/pdf/10.2214/ajr.176.2.1760289>

²⁰ Grover, A.: op cit. (2013).

²¹ Scherb, H. H., et al. (2. September 2016): “Increases in perinatal mortality in prefectures contaminated by the Fukushima nuclear power plant accident in Japan: A spatially stratified longitudinal study.”

Medicine. <https://www.ncbi.nlm.nih.gov/pmc/articles/PMC5044925/>

kontaminierten Präfekturen wurde ein Anstieg von 15 Prozent verzeichnet, in den leicht kontaminierten Präfekturen lag er bei 6,8 Prozent. In den nicht betroffenen Präfekturen in Japan gab es im selben Zeitraum keinen vergleichbaren Anstieg. Nach dem plötzlichen Anstieg der Fehlgeburtsrate im Januar 2012 zeigte sich eine abnehmende Tendenz, die jedoch auf einem höheren Niveau als die abnehmende Entwicklung vor der Nuklearkatastrophe verlief. Diese Ergebnisse stimmen mit den Fehlgeburtsratendaten aus Europa nach dem Reaktorunfall in Tschernobyl überein.

Kinder sind besonders stark gefährdet, durch die Belastung mit radioaktivem Iod Schilddrüsenkrebs zu entwickeln.²² Verzögerungen bei der Ausgabe von Jodtabletten, die helfen können, dieses Risiko zu mindern, hatten zur Folge, dass viele Kinder in den kontaminierten Gemeinden wahrscheinlich vermeidbar hohen Dosen von radioaktivem Iod ausgesetzt waren.²³

Untersuchungen nach der Nuklearkatastrophe von Fukushima ergaben mehr Fälle von Schilddrüsenschädigungen, Zysten und Krebs als erwartet. Über die Ursachen wird jedoch noch gestritten: Sind diese Ergebnisse die Folge der Strahlenexposition oder „Überdiagnosen“ aufgrund der verstärkten Untersuchungen?²⁴ Obwohl die Patienten selbst nur eine schlechte Kopie ihrer Ultraschallaufnahmen erhielten (angeblich, um Fälschungen zu verhindern), wurden sie gezwungen, Anträge zur Informationszugangsfreiheit zu unterzeichnen, um den Zugriff auf ihre vollständigen Krankenakten zu gewähren.²⁵

Darüber hinaus wurde versucht, mit PR-Kampagnen die wirtschaftlichen Auswirkungen auf die Landwirtschaftsindustrie in Fukushima zu minimieren. Das führte zu Verbreitung und Verzehr von kontaminierten Lebensmitteln in mindestens acht Präfekturen, bevor dies unterbunden wurde.²⁶ In mindestens einem bestätigten Fall in der Präfektur Tochigi wurde potenziell kontaminiertes Rindfleisch bewusst in der Schulspeisung an Kinder ausgegeben – angeblich, um seine „Sicherheit“ zu demonstrieren.²⁷

Kinder wurden absichtlich mit Fehlinformationen versorgt. So enthielten zum Beispiel Pflichtlektüren in den Schulbüchern irreführende Informationen über Strahlungsrisiken und verschwiegen die besondere Gefährdung von Kindern durch die Auswirkungen von ionisierender Strahlung. Das kann Kindern und ihren Eltern ein falsches Gefühl von Sicherheit vermitteln, also Verhaltensweisen fördern, die die Strahlungsbelastung der Kinder erhöhen.²⁸

²² Kurtzman, L. (27. Oktober 2014): „Radiation Exposure Linked to Aggressive Thyroid Cancers: International Team Studied Children and Teens Exposed After Chernobyl.“ University of California San Francisco. <https://www.ucsf.edu/news/2014/10/120011/radiation-exposure-linked-aggressive-thyroid-cancers>

²³ Hayashi, Y. (29. September 2011): „Japan Officials Failed to Hand Out Radiation Pills in Quake's Aftermath.“ The Wall Street Journal. <http://www.wsj.com/articles/SB10001424052970204010604576596321581004368>

²⁴ „10 more thyroid cancer cases diagnosed in Fukushima.“ (28 December 2016). The Mainichi. <http://mainichi.jp/english/articles/20161228/p2a/00m/0na/008000c>

²⁵ Ribault, N., Ribault, T., & Wataru, I. (8. Oktober 2012): „Thyroid Cancer in Fukushima: Science Subverted in the Service of the State 福島における甲状腺癌—国の都合で歪められる科学“ Asia-Pacific Journal: Japan Focus. Vol. 10. 41:2. <http://apijif.org/2012/10/41/Nadine-Ribault/3841/article.html>

²⁶ Shimizu, N. (2015): „Human Insecurity Caused by the Dysfunction of the State: New Security Issues in Post-Fukushima Japan.“ Asian Journal of Peacebuilding Vol. 3 No. 2 (2015): 165-187. http://tongil.snu.ac.kr/ajp_pdf/201512/02_Nanako_Shimizu.pdf

²⁷ Ebd.

²⁸ Grover, A.: op cit. (2013).

Wiederansiedlung: Japans Opfersystem und wirtschaftliche Nötigung

Zum Nachteil für die Opfer von Fukushima und Reaktoranhänger in ganz Japan ist das Vorgehen der Regierung von Shinzō Abe politisch motiviert, was die Rückkehr und das Wiederanfahren der stillstehenden Reaktoren betrifft. Auf Kosten der evakuierten Bevölkerung werden die Folgen der Nuklearkatastrophe für die Industrie versucht zu minimieren. Das führte zu absichtlichen Bemühungen, Tatsachen zur Dekontamination zu verschleiern und die Risiken der Strahlungsbelastung auf nicht zu rechtfertigende Weise herunterzuspielen.

Die geschätzten Kosten in Verbindung mit der Nuklearkatastrophe von Fukushima wurden kürzlich auf schwindelerregende 21,5 Billionen JPY korrigiert.²⁹ Das beinhaltet 12 Billionen JPY für Dekontamination und Stilllegung, auch wenn diese massiven Bemühungen nur sehr begrenzte Ergebnisse geliefert haben. Untersuchungen von Greenpeace haben gezeigt, dass die Kontamination in den Gebieten, in denen die Evakuierungsanordnungen aufgehoben werden sollen, weiter weit über den international empfohlenen Dosisgrenzwerten liegt.³⁰ Die kumulative Lebenszeitdosis ist für Frauen und Kinder besonders bedenklich, da sie anfälliger für die körperlichen Auswirkungen von Strahlenexposition sind.

Die Aufhebung der Evakuierungsanordnungen im März 2017 in Teilen der kontaminierten Region bedeutet auch, dass ein Jahr später für die Opfer aus diesen Gebieten die ohnehin schon unzureichenden Entschädigungszahlungen eingestellt werden. Schon jetzt erhalten viele Evakuierte keine Evakuierungshilfe mehr. Da Frauen wirtschaftlich deutlich benachteiligt sind, kann sie der Verlust entscheidender finanzieller Unterstützung für Evakuierte erheblich schwerer treffen. Viele könnten gezwungen sein, gegen ihren Willen in kontaminierte Gemeinden zurückzukehren, weil sie es sich nicht leisten können, an ihrem derzeitigen Aufenthaltsort zu bleiben. Das ist keine freie Entscheidung, sondern wirtschaftliche Nötigung.

Frauen waren jedoch nicht nur schweigende Opfer. Sie haben im Angesicht von unvorstellbarer Not immense Widerstandskraft und Führungsstärke gezeigt.³¹ Sie waren an vorderster Front in rechtlichen Auseinandersetzungen beteiligt, beim Vorantreiben von Prozessen, die zu Strafverfahren gegen TEPCO geführt haben, bis zu Anstrengungen von Zivilprozessen für eine angemessene Entschädigung. Sie waren die treibende Kräfte hinter Massendemonstrationen und gewaltlosen direkten Aktionen. Viele kämpfen dafür, dass die Reaktoren in Japan nicht wieder hochgefahren werden. Sie haben Onlinenetze gegründet, um Informationen auszutauschen und sogar Strahlenprüfungslabore für ihre Gemeinden eingerichtet.

²⁹ Obayashi, Y. (9. Dezember 2016): "Japan nearly doubles Fukushima disaster-related cost to US\$188 billion." *Reuters*. Channel NewsAsia. <http://www.channelnewsasia.com/news/asiapacific/japan-doubles-fukushima-disaster-related-cost-to-21-5-trillion/3354116.html>

³⁰ "No Return to Normal." (Februar 2017). Greenpeace Japan. <https://www.greenpeace.de/presse/publikationen/report-no-return-normal>

³¹ Slater, D. (9 November 2011): "Fukushima women against nuclear power: finding a voice from Tohoku." *The Asia-Pacific Journal: Japan Focus*. <http://japanfocus.org/events/view/117>
Siehe auch: Freiner, N. (Herbst 2013): "Mobilizing Mothers: The Fukushima Daiichi Nuclear Catastrophe and Environmental Activism in Japan." *ASIANetwork Exchange*. Vol. 21. <http://www.asianetworkexchange.org/articles/abstract/10.16995/ane.37/>

Die japanische Regierung kann zwar die anhaltende radiologische Krise in den von der Nuklearkatastrophe in Fukushima betroffenen Gebieten nicht ungeschehen machen, aber sie kann Richtlinien erlassen, die die Menschenrechte der Opfer der Nuklearkatastrophe schützen.

Greenpeace fordert die japanische Regierung auf:

- sicherzustellen, dass die Opfer vollständig für ihre Verluste entschädigt werden – einschließlich der Fortsetzung der Entschädigungszahlungen und Evakuierungshilfen für die Menschen, die sich gegen eine Rückkehr entscheiden, und der Entschädigung der Zurückkehrenden für den Verlust ihrer Gemeinschaften, damit jeder Einzelne sein Recht ausüben kann, frei über seinen Wohnort zu entscheiden.
- vollständige, umfassende, genaue und leicht zugängliche Informationen zu Strahlungsbelastungen, dem Umfang der Dekontaminationsmaßnahmen und Strahlungsrisiken für die Öffentlichkeit bereitzustellen, inklusive altersgerechter Materialien für Kinder.
- den Opfern von Fukushima vollen und einfach verfügbaren Zugang zu ihren eigenen Krankenakten und Testergebnissen sowie denen ihrer Angehörigen zu ermöglichen.
- die akzeptable zusätzliche jährliche Strahlungsbelastung auf ein Maximum von 1 mSv/Jahr zu senken, was dem internationalen Standard entsprechen würde.
- eine volle und gleichberechtigte öffentliche Beteiligung sowie eine formale Rolle für Frauen und Männer bei allen Entscheidungsprozessen hinsichtlich der zukünftigen Aufhebung von Evakuierungsanordnungen, Notfallplänen und Entscheidungen über das Wiederanfahren von Reaktoren sicherzustellen.
- einen gleichen Anteil von Frauen in Führungspositionen von Institutionen zur Notfallplanung und die volle Einbeziehung von alten und behinderten Menschen sicherzustellen.
- Initiativen aufzubauen und zu fördern, die darauf ausgerichtet sind, von Fukushima betroffenen Frauen bei ihrer finanziellen Unabhängigkeit zu helfen, insbesondere durch die Unterstützung von Unternehmensgründungen durch Frauen, die Beseitigung der Einkommensdifferenz und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Arbeitsplätze von Frauen.
- eine öffentliche Ombudsperson für Kinder einzusetzen, die verantwortlich ist für den Schutz der Rechte von Kindern und Jugendlichen, insbesondere der Rechte der von der Nuklearkatastrophe im Atomkraftwerk Fukushima Daiichi betroffenen Kindern und Jugendlichen.

Lesetipps:

- Ullrich, K.: Unequal Impact. Report Greenpeace Japan . Tokyo März 2017.
<http://gpurl.de/U3Q5t>
 - Vande Putte, J. et al.: No return to Normal. Report Greenpeace Japan. Tokyo Februar 2017.
https://www.greenpeace.de/sites/www.greenpeace.de/files/publications/2017_0215_greenpeace_report_fukushima_noreturtonormal.pdf

Greenpeace in Zentral und Osteuropa

1100 Wien, Fernkorngasse 10
Tel: (+43 1) 545 45 80, Fax: (+43 1) 545 45 88